

Das Verhältnis Belarus-Rußland: Ein widersprüchliches Beziehungsgeflecht

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1998). *Das Verhältnis Belarus-Rußland: Ein widersprüchliches Beziehungsgeflecht*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 2/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47280>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Verhältnis Belarus–Rußland: Ein widersprüchliches Beziehungsgeflecht

Zusammenfassung

Auf den ersten Blick scheint alles klar: Rußland und Belarus suchen ein Nahverhältnis zueinander und bekunden permanent ihren Wunsch nach Vertiefung der Integration. Sieht man jedoch genauer hin, so zeigt sich: Hinter dem vagen Begriff "Integration" verbergen sich bei den Partnern zwei völlig unterschiedliche Konzeptionen, zwischen denen ein Kompromiß nur schwer möglich ist. Paradoxerweise stellt sich dabei heraus, daß sich der große Integrator Lukaschenko faktisch als Garant der Unabhängigkeit seines Landes profiliert, weil er die Moskauer Konzeptionen für eine "Integration" nicht akzeptiert.

Wachsende Aufmerksamkeit im Westen

Im Gegensatz zu den meisten Ländern Ostmittel- und Osteuropas hatte der Westen dem 1991 in die Unabhängigkeit entlassenen Belarus zunächst nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt: Das Land in der östlichen Mitte Europas blieb anfangs im Windschatten der Geschichte – vielleicht auch deshalb, weil seine nationale Identität wenig ausgeprägt war und seine Eliten ein nur geringes außenpolitisches Profil zeigten. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, insbesondere seit Präsident Lukaschenko im November 1996 in einem kalten Staatsstreich, getarnt als "Referendum" und inszeniert in einer Mischung aus Verfassungsbruch, Indoktrination und Manipulation, das Parlament ("Oberster Sowjet") und das Verfassungsgericht als eigenständige Gewalten de facto ausgeschaltet und damit die Grundlagen für ein autoritäres Regime mit Tendenz in Richtung auf persönliche Diktatur gelegt hat. Immerhin grenzt Belarus an Länder, die eine EU-Beitrittsperspektive haben (Polen, Litauen, Lettland) oder die der EU durch Partnerschaftsabkommen verbunden sind (Rußland, Ukraine). Turbulenzen im Innern des Landes, verbunden mit einer Neubelebung alter Feindbilder gegen den Westen, würden die Stabilität in der gesamten Region gefährden und die von EU und NATO parallel betriebenen Prozesse von Integration (Ostmitteleuropa) und Kooperation/Partnerschaft (westliche GUS-Staaten) empfindlich stören. Im Sinne einer präventiven Diplomatie bemühen sich OSZE, Europarat und EU daher seit Frühjahr 1997, zwischen der Lukaschenko-Administration einerseits und dem vom Präsidenten aufgelösten legitimen Parlament andererseits zu vermitteln, um einen Ausweg aus der Verfassungskrise zu finden.

Eine Schlüsselrolle für die zukünftigen Entwicklungen in Belarus spielt Rußland. Im Westen werden die Integrationsansätze zwischen beiden Staaten daher aufmerksam verfolgt, und auf der Tagesord-

nung von Spitzenbegegnungen westlicher und russischer Politiker bildet das Thema "Belarus" einen wichtigen Merkposten. Vor diesem Hintergrund sollen im folgenden die Beziehungen Belarus–Rußland und das Streben beider Länder nach Vertiefung der "Integration" untersucht werden, zumal der Charakter dieser Integration ganz wesentlich auch den zukünftigen Charakter des inneren Systems Weißrußlands bestimmen wird.¹ Doch wie steht es tatsächlich um die Integration Belarus–Rußland, um die Motive, Interessen und Aktionsmuster beider Seiten?

Interessen und Aktionsmuster

Auf den ersten Blick scheint alles klar: Beide Staaten suchen ein Nahverhältnis zueinander und bekunden permanent ihren Wunsch nach Vertiefung der Integration. Hierin liegt insofern eine politische Logik, als sowohl in Belarus als auch in Rußland eine große Mehrheit von Eliten und Bevölkerung grundsätzlich für ein solches Ziel eintritt und die wechselseitigen Verflechtungen insbesondere in der Wirtschaft auch weiterhin sehr eng sind (so wickelte Belarus 1996 56 Prozent seines Handels mit Rußland ab). Sieht man jedoch genauer hin, so zeigt sich: Hinter dem vagen Begriff "Integration" verbergen sich bei den Partnern zwei völlig unterschiedliche Konzeptionen, zwischen denen ein Kompromiß nur schwer möglich scheint. Verkürzt formuliert: Die russische Führung zielt letztlich auf die Wiederherstellung eines Einheitsstaats nach dem Muster der deutschen Vereinigung, was angesichts der Kräfteverhältnisse de facto auf eine Absorption Weißrußlands durch Rußland hinauslaufen würde. Lukaschenko dagegen strebt die Bildung einer Union zweier *gleichberechtigter* Staaten an, die ihre Qualität als Subjekte des Völkerrechts auch in Zukunft beibehalten. Diese Konzeptionsdivergenzen bilden die Ursache dafür, daß Integrationsrhetorik und tatsächliche Annäherungsschritte weit auseinanderklaffen. Hinzu kommt, daß die politischen Eliten *innerhalb* beider Länder über den Charakter der Integration teilweise scharf divergierende Positionen vertreten, was die Konfusion weiter verstärkt und – insbesondere in Rußland – im innenpolitischen Machtkampf stark instrumentalisiert wird.

Für die *russischen Eliten* rücken bei der Integration strategische Gründe in den Vordergrund: Die Sicherung der strategischen Verteidigungsdispositionen an der Westgrenze Weißrußlands einschließlich der weiteren Nutzung der Funk- und Abwehrsysteme Rußlands; die Verhinderung der Herausbildung eines "Cordon sanitaire" in Form einer Baltikum-Schwarzmeer-Zwischenzone, die – so die Befürchtung – Rußland vom Westen abschneiden würde; die bessere Sicherung des Zugangs zur russischen Exklave Kaliningrad (das frühere Königsberg). Hinzu kommt die Bedeutung Weißrußlands als zuverlässiges Transitland für die russischen Verkehrs- und Energieleitsysteme nach Westen (auch als Alternative für die Anlagen in der von Moskau politisch als potentiell illoyal angesehenen Ukraine): Über 70 Prozent seines Handels mit Europa, seinem zentralen Handelspartner (rund 50 Prozent), wickelt Rußland über Belarus ab. Insgesamt gilt Lukaschenko trotz all seiner Eskapaden in Moskau als Garant enger Beziehungen zu Rußland. Eine Machtübernahme durch die demokratische Opposition dagegen könnte in Belarus eine Dynamik auslösen – so die Befürchtung großer Teile der russischen Eliten –, in deren Gefolge Belarus von Rußland weggeführt und in den Sog des Westens und seiner Integrationsmechanismen geraten würde.² So jedenfalls der Analogieschluß zu den Entwicklungen in der Slowakei und in Bulgarien: Das autoritäre Meèiar-Regime unterhält exzellente Beziehungen zu Moskau und hat zugleich erhebliche Probleme mit dem Westen. Umgekehrt hat der Regierungswechsel von den ex-kommunistischen Sozialisten zu den aus der demokratischen Opposition erwachsenen Formationen das Verhältnis Bulgariens zu Rußland eingetrübt und die auf engere Anbindung an den Westen gerichteten Tendenzen verstärkt.

Im Rahmen der Moskauer Generalstrategie zeichnen sich unter den russischen Eliten im Hinblick auf die konkrete Gestaltung der Beziehungen Rußland–Belarus freilich scharfe Divergenzen ab. Die "Nationalpatrioten" linker und rechter Provenienz unterstützen ohne Rücksicht auf politische und

¹ Vgl. hierzu auch O. Alexandrova/H. Timmermann, Integration und Desintegration in den Beziehungen Rußland–Belarus–GUS, in: Osteuropa (Aachen) 10-11/1997, S. 1022-1037.

² Kommersant (Moskau) 29/28.10.1997, S. 9-11.

ökonomische Kosten das Unionsprojekt Lukaschenkos, das den Unionsorganen in der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik weitreichende Vollmachten übertragen würde. Als überzeugte Anhänger des Einheitsstaatsgedankens sind sie offenbar der Ansicht, daß die von der Union ausgehenden Impulse gleichsam automatisch eine Vereinigungsdynamik erzeugen werden – sei es mit oder ohne Lukaschenko. In gemäßigter Form werden ähnliche Positionen auch von hochrangigen Regierungsmitgliedern vertreten, darunter von Ministerpräsident Tschernomyrdin und Außenminister Primakow. Die "Reformer" dagegen warnen vor einem Eingehen auf Lukaschenkos Unionsprojekt, das dem belarussischen Präsidenten weitreichende Chancen eines direkten Zugriffs auf die Entwicklungen in Rußland geben würde. Für sie kommen qualitative Integrationsfortschritte überhaupt nur als Folge einer Angleichung von Demokratienormen, Rechtsregelungen und Wirtschaftsmechanismen in eine Richtung in Frage, wie sie Rußland eingeschlagen hat. Jedenfalls sind die liberalen Teile der russischen Eliten nicht bereit, die politischen und ökonomischen Kosten für die Integration eines Staates zu übernehmen, der in vielem an den Realsozialismus sowjetischen Typs erinnert. Hinzu kommt, daß die Perspektive einer Art Konföderation bis hin zur schließlichen staatlichen Vereinigung komplizierte Probleme für das föderale Gefüge Rußland aufwerfen würde: Im Zuge der Verhandlungen über den Unionsvertrag im April/Mai 1997 bekunden mehrere Republiken der Russischen Föderation (z.B. das stark autonome Tatarstan) und sogar einzelne Gebietseinheiten (wie das selbstbewußte Swerdlowsk) öffentlich die Absicht, den eigenen Status auf das Niveau eines konföderalen und schließlich in die Föderation integrierten, dabei mit weitreichenden Sonderrechten ausgestatteten Belarus zu heben. Ein solches Vorgehen müßte die ohnehin labile föderale Ordnung Rußlands mit seinen 89 "Subjekten" zwangsläufig weiter unterminieren.

Lukaschenko und seine Anhänger ihrerseits träumen letztlich von der Wiederherstellung der Sowjetunion. Ihren Kern bildet die zu errichtende Slawische Union aus Rußland, der Ukraine und Belarus, bei der sich supranationale Organe mit umfassenden Kompetenzen über die Mitgliedstaaten wölben. Dies wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem "gemeinsamen Haus der Brudervölker" (Lukaschenko), in dem der Präsident gleichberechtigt und nicht nur Gouverneur eines der dann 90 russischen Föderationssubjekte wäre. Viele Anzeichen deuten sogar darauf hin, daß der Ehrgeiz Lukaschenkos damit keineswegs zufriedengestellt wäre, sondern sich auf das weitergehende Ziel richtet, im Zuge einer Integrationsdynamik die Führung in einem vereinigten Reich der Ostslawen zu übernehmen. Indizien hierfür sind nicht zuletzt seine bereits absolvierten oder geplanten Reisen in die russische Provinz, die zunehmend den Charakter veritabler Wahlkampagnen annahmen und im Herbst 1997 erst nach Intervention von Präsident Jelzin gestoppt wurden (insgesamt erhielt Lukaschenko bis dahin Einladungen aus 16 Regionen, bezeichnenderweise vornehmlich aus dem "roten Gürtel" südlich und westlich von Moskau).

Angesichts der Disbalance in allen Parametern zugunsten Rußlands ist es – abstrakt gesehen – erstaunlich, in welchem Ausmaß es Lukaschenko immer wieder gelingt, mit seinen Initiativen ganz erheblichen Einfluß auf die Politik Moskaus zu nehmen und mit der Jelzin-Führung sogar sein politisches Spiel zu treiben (Beispiel: die monatelange Inhaftierung von P. Scheremet, dem Minsker Büroleiter des Ersten Russischen Fernsehprogramms ORT). Allein die ungebremste Anhäufung von Energieschulden Weißrußlands gegenüber Rußland, die jährlich rund 800 Mio. Dollar ausmachen, gäbe der Führung in Moskau genügend Hebel an die Hand, um den eigenen Integrationskonzeptionen Nachdruck zu verleihen. Daß die Jelzin-Führung solche Möglichkeiten dennoch nicht nutzt, hat vor allem zwei Gründe. Der eine wurde bereits erwähnt: Unter allen Strömungen des Landes gelten Lukaschenko und sein Anhang in Moskau als einzige zuverlässige Garanten der langfristig auf Absorption Weißrußlands zielenden Politik Rußlands – die Probleme, die die politische Unberechenbarkeit, die hartnäckige Reformresistenz und die Notwendigkeit zu massiver ökonomischer Alimentierung mit sich bringen, gelten vor dem Hintergrund übergeordneter strategischer Interessen als nachrangig. Hinzu kommt, daß Lukaschenko in Rußland selbst über starke Bataillone verfügt: Die große Mehrheit der "nationalpatriotisch" dominierten Staatsduma steht auf seiner Seite, relevante zentristische Segmente der Jelzin-Exekutive zählen zu seinen Sympathisanten (Tschernomyrdins Interesse am Gestransit, Primakows geopolitisches Herangehen), und selbst die Vertreter des integrationskritischen

Finanzkapitals werden von Lukaschenko gegeneinander ausgespielt und damit neutralisiert (Beispiel: die anvisierte Privatisierung des russisch-belarussischen Erdölkonzerns Slawneft mit seinen leistungsfähigen Raffinerieanlagen in Mozyr südöstlich von Minsk). Diese Kräftekonstellation grenzt den Handlungsspielraum der Vertreter einer pragmatisch ausgerichteten Integrationsstrategie in Moskau erheblich ein und bildet eine wichtige Ressource für Lukaschenko und seine Chancen, über das eigentliche Gewicht seines Landes hinaus die Belarus-Politik Rußlands zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund scharf konfligierender Interessen ist der Integrationsprozeß Belarus–Rußland in eine Sackgasse geraten. Plastisch verweisen hierauf die dramatischen Kontroversen um den Charakter des Vertrags, der im Frühjahr 1997 – in verbalem Anklang an Brüsseler Entwicklungen – die Zweier-"Gemeinschaft" in den höheren Rang einer Zweier-"Union" erhob. Paradoxerweise stellte sich dabei heraus, daß sich der große Integrator Lukaschenko faktisch als Garant der *Unabhängigkeit* seines Landes profilierte: In radikaler Umkehrung früherer Fronten lehnte es Lukaschenko ab, im Unions-Vertragswerk einen Artikel über die mittelfristige Vereinigung beider Staaten zu verankern, so daß diese nur noch als politisch unverbindliche Perspektive anvisiert wird. Das Interesse an Sicherung und Ausbau der eigenen Machtposition hat – ganz ähnlich wie bei den Eliten der anderen GUS-Staaten – Vorrang vor verbal proklamierten übergeordneten gemeinsamen Zielen mit der entsprechenden Bereitschaft zu partiellem Souveränitätsverzicht.

Widersprüchlicher Unionsvertrag

In den bisherigen Überlegungen ist deutlich geworden, daß es vor allem zwei Punkte sind, die einer Forcierung der Integration Belarus–Rußland entgegenwirken: die Divergenzen in der Frage der Integrationskonzeption sowie die fortdauernde politische und wirtschaftliche Auseinanderentwicklung der beiden Systeme. Beide Punkte sind insofern eng miteinander verknüpft, als die wachsenden Systemdivergenzen der Bereitschaft zur Integration Grenzen setzen. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dies in den umstrittenen Inhalten des Unionsvertrags und seines Statuts vom Mai 1997. Hier haben die Vertragspartner aufgrund einander widersprechender Interessen eine widersprüchliche Situation geschaffen. Einerseits wurde die neugeborene Union hochtrabend zum Subjekt des Völkerrechts erklärt, das auch nach außen hin eigenständig auftritt. Andererseits verfügt dieses Subjekt jedoch über keine wirklichen eigenen Kompetenzen: Die Einführung einer gemeinsamen Unions-Staatsbürgerschaft, die graduelle Vereinheitlichung des Geld- und Kreditwesens sowie der Budget- und Steuersysteme, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, die Gewährung gleicher sozialer Standards für Bürger des jeweiligen Partnerlandes – all diese Projekte bleiben vorerst im wesentlichen Absichtserklärungen ohne exakte Implementierungsschritte und genaue zeitliche Vorgaben. In diesem Licht und unter Berücksichtigung der früheren Erfahrungen ist Skepsis darüber angebracht, ob die Vertragsbestimmungen von beiden Seiten wirklich eingelöst werden. Das Unionsbudget, aus dem gemeinsame Produktionsprogramme und Forschungsprojekte finanziert werden, beträgt lediglich rund 10 Mio. Dollar. Folgerichtig bezeichnete der kommunistische Staatsdumavorsitzende Selesnjow die Union in bemerkenswerter Offenheit als "ineffizient".

Tatsächlich hat sich das Klima in den Beziehungen Belarus–Rußland nach Abschluß des Unionsvertrags eher verschlechtert. So schob Lukaschenko die Schuld für das Scheitern seiner weitreichenden Integrationspläne den Verantwortlichen in Moskau in die Schuhe, die den Ausbau der Union torpedierten und damit "den Auftrag ihrer Herren aus Übersee erfüllen". Insbesondere wandte er sich wiederholt nachdrücklich gegen eine – im Unionsstatut vorgesehene – Angleichung der Wirtschaftsmechanismen, Rechtssysteme und Verwaltungsnormen, ohne die eine vertiefte Wirtschaftsintegration nicht denkbar ist. Niemals werde er eine Synchronisierung der Reformen nach russischem Muster akzeptieren und schon gar nicht jene russischen Erfahrungen bei der Privatisierung übernehmen, "die in der Zerstörung der Wirtschaft und des Landes endeten". Russische Reformer entgegneten sarkastisch, unter solchen Umständen sei eine Integration beider Staaten ebenso wenig möglich wie eine Integrati-

on zwischen Nordkorea und Südkorea oder zwischen Kuba und Florida.³ Anlaß zu Kontroversen bieten schließlich ausführliche Hinweise auf die notwendige Beachtung der demokratischen Freiheiten, wie sie auf russisches Drängen in das Unionsstatut aufgenommen und von Jelzin während der Unterzeichnungszereemonie ausdrücklich bestätigt wurden. Die *Affaire Scheremet* demonstriert exemplarisch das Konfliktpotential auf diesem Felde. Als Kernpunkte der Freiheiten, die in krassem Widerspruch zur diktatorischen Praxis Lukaschenkos stehen, werden unter Verweis auf die "allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des internationalen Rechts" in dem Statut u.a. genannt und sollen gewährleistet werden: "Demokratie sowie Menschen- und Bürgerrechte", "Freiheit des Wortes und der Massenmedien", "Rechtsgarantien für die Tätigkeit offiziell registrierter Parteien und gesellschaftlicher Vereinigungen, darunter auch oppositioneller", "Garantien für die Unverletzlichkeit des Privateigentums", "Schaffung von Voraussetzungen für die freie wirtschaftliche Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte".

Wie es scheint, richtet sich das Moskauer Interesse bei alledem eher auf die Gewährleistung wirtschaftlicher Freiheiten für russische Investoren in Belarus als auf die Durchsetzung politischer Freiheiten, die das Lukaschenko-Regime destabilisieren würden. Dennoch wird zumindest der liberal-demokratische Teil der Jelzin-Administration auch politische Demokratisierung anmahnen – nicht zuletzt als Geste gegenüber dem Westen, wo Moskaus Bund mit dem Diktator Lukaschenko Zweifel an der Bereitschaft und der Fähigkeit Rußlands nährt, sich als integraler Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft zu profilieren. Hieraus könnten sich Konflikte zwischen den Unionspartnern ergeben: Nach Unterzeichnung des Vertragswerks mit seinen Demokratieklauseln verschärfte Lukaschenko seinen Repressionskurs, der auf eine weitere Verstaatlichung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hinausläuft und durch präventiven Zugriff jeglichen tatsächlichen oder potentiellen Widerstand brechen soll. Auch diese aus wirtschaftlichem Niedergang und politischem Feindbild gespeiste negative innere Dynamik in Belarus läßt die Implementierung des Unions-Vertragswerks problematisch erscheinen.

Auf die GUS-Staaten wirkten Form und Inhalt der Integration Rußland–Belarus eher abschreckend. Sie trugen erheblich dazu bei, daß eine Reihe von Präsidenten auf dem GUS-Gipfel vom März 1997 auf Festigung der staatlichen Souveränität ihrer Länder pochten. So wird die Zweierunion voraussichtlich keinen Motor für die Beschleunigung der Integrationsprozesse in der GUS bilden, die Lukaschenko in ihrem gegenwärtigen Zustand verächtlich – aber durchaus zutreffend – als "amorphes Gebilde" und als "politischen Klub" bezeichnete. Vielmehr dürfte sie die Desintegrationstendenzen in der GUS eher beschleunigen. Auch dürften sich die meisten Mitgliedstaaten nicht auf das Angebot des Vertragstextes einlassen, die Tore der Zweierunion für weitere Beitrittskandidaten offenzuhalten. Auf dem erwähnten GUS-Gipfeltreffen jedenfalls ließ sich keiner der Präsidenten auf derlei Avancen ein. Wenig Chancen hat auch der Vorschlag Lukaschenkos vom Dezember 1997, im Rahmen der GUS ein supranationales und mit Sanktionsinstrumenten ausgestattetes Organ zur Kontrolle der Implementierung kollektiver Beschlüsse der Gemeinschaft zu konstituieren.⁴ Wie der Widerstand der Führung in Moskau gegen das Unionskonzept Lukaschenkos zeigt, ist selbst Rußland an der Bildung einflußreicher supranationaler Organe, die zugleich eine Begrenzung der nationalen Souveränität implizieren, nicht interessiert (von den meisten übrigen GUS-Staaten ganz zu schweigen). Tatsächlich läuft die Konstruktion einer supranational angelegten Union dem Verständnis nicht nur der Jelzin-Administration, sondern der russischen Eliten insgesamt zuwider. Danach ist es Aufgabe Rußlands, die Staaten des "nahen Auslands" um sich herum zu integrieren, nicht aber – unter Verzicht auf Teile der nationalen Souveränität – selbst integriert zu werden.

³ Interview mit Sovetskaja Rossija (Moskau), 13.5.1997, bzw. Nemzov-Interview in: Belorusskaja delovaja gazeta (Minsk), 26.9.1997.

⁴ Die Vorstellungen Lukašenkos finden sich in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 2.12.1997.

Drei Szenarien

Welche Perspektiven zeichnen sich vor diesem konfliktträchtigen Hintergrund in den Beziehungen Rußland–Belarus ab? Sucht man nach plausiblen Szenarien, so sind zunächst Entwicklungen in zwei extreme Richtungen denkbar. Ein *erstes Szenario* geht von einer wachsenden Konfrontation Rußlands mit dem Westen aus, bedingt beispielsweise durch starke Machtzuwächse der "Nationalpatrioten" in Moskau oder durch scharfe Kontroversen über die zweite Welle der NATO-Öffnung nach Osten. In einem solchen Szenario, das freilich wenig wahrscheinlich ist, würde das Regime Lukaschenko nach innen gefestigt und gegenüber Moskau gestärkt: Die russische Führung wäre aller Voraussetzung nach zu weitreichenden Konzessionen gegenüber dem einzig verbliebenen Bündnispartner im strategischen Vorfeld des Landes bereit und würde Lukaschenko möglicherweise sogar die Chance zum Zugriff auf hochrangige Funktionen in Moskau bieten.

Ein *zweites Extremszenario* geht umgekehrt von einer Stärkung des Reformflügels in der Moskauer Führung und deren Bestreben aus, die Ansätze zu mehrdimensionalen Interdependenzen mit dem Westen weiter auszubauen sowie geoökonomischen Aspekten Vorrang vor geostrategischen Überlegungen zu geben. In einem solchen Szenario, dessen Eintritt immerhin wahrscheinlicher scheint als das andere Extrem, würde ein quasi-diktatorischer, reformfeindlicher Partner Belarus zu einer politischen Belastung für Moskau, zu einem Stolperstein auf dem Weg zu einer auf gemeinsamen Werten und Prinzipien beruhenden gesamteuropäischen Ordnung unter Einschluß Rußlands. In diesem Fall liefe die Moskauer Linie voraussichtlich darauf hinaus, solche Kräfte in Minsk zu unterstützen, die den gegenwärtigen Präsidenten durch einen reformoffenen und zugleich rußlandfreundlichen Nachfolger ersetzen wollen.

Ein *drittes Szenario*, dem die größten Chancen auf Verwirklichung beizumessen sind, ist von einer Perpetuierung des bisherigen Stop-and-go-Prozesses gekennzeichnet, bei dem die Widersprüche und Interessendivergenzen zwischen den Partnern keinen Durchbruch in die eine oder andere Richtung gestatten. Die russische Führung wird aus übergeordneten strategischen Interessen den inneren Repressionskurs Lukaschenkos weitgehend ignorieren und statt dessen die mächtigen finanz-industriellen Gruppen Rußlands ermuntern, die Kontrolle über die belarussischen Energieinfrastrukturen zu verstärken. Darüber hinaus dürfte Moskau den Druck auf Synchronisierung der Wirtschaftssysteme einschließlich der Komplexe Privatisierung und Rechtsangleichung erhöhen, und zwar nicht zuletzt unter dem Aspekt, daß andernfalls angesichts offener Grenzen zwischen Rußland und Belarus für Moskau Schwierigkeiten bei der Implementierung des Partnerschaftsvertrags mit der EU und bei dem anvisierten Beitritt zur WTO entstünden (Anti-Dumping-Problematik).

Lukaschenko seinerseits wird auf mehreren Ebenen weiter manövrieren. Zum einen wird er versuchen, gegenüber Rußland die Balance zu halten zwischen Angeboten zur Vertiefung der Integration und Betonung der Unabhängigkeit des Landes. Sein Widerstand gegen eine umfassende Übernahme belarussischer Energieinfrastrukturen durch Moskauer Wirtschafts- und Finanzkreise demonstriert, daß die vom Präsidenten verteidigte Selbständigkeit einen realen Hintergrund hat. Zum andern ist nicht auszuschließen, daß Lukaschenko zukünftig stärker als bisher die vorrangige Richtung nach Moskau mit vorsichtigen Avancen gegenüber dem Westen zu verbinden sucht. Dies stellt Lukaschenko zwar vor ein Dilemma, setzt doch ein Eingehen des Westens auf derlei Avancen einen Abbau der inneren Repressionen und damit wichtiger Elemente seiner Herrschaftssicherung voraus. Der Vorteil läge jedoch in einer Reduzierung der Abhängigkeit von Moskau, das seinerseits in strategisch wichtigen Fragen zunehmend auf Information und Konsultation mit Minsk verzichtet (Beispiele: der Komplex NATO–Rußland–Grundakte sowie die anvisierte dritte Pipeline Westsibirien–Skandinavien–Deutschland unter Umgehung von Belarus). Darüber hinaus hätte Belarus Aussicht auf Ausbruch aus der Isolation nach Westen und Bereitstellung westlicher Kredite und Direktinvestitionen, die für die wirtschaftliche Modernisierung des Landes dringend benötigt werden und anderswo nicht zu haben sind.

Vorerst muß abgewartet werden, ob die nach langem Zögern erteilte Zustimmung Lukaschenkos zur Installierung einer OSZE-Mission in Minsk (Dezember 1997) tatsächlich eine ernsthafte Bereitschaft des Regimes signalisiert, zentrale Grundprinzipien der 1996 liquidierten demokratischen Verfassungsordnung wiederherzustellen. Gewiß mahnen die Unberechenbarkeit und der autoritäre Stil des Präsidenten zu Skepsis. Gleichwohl könnten sich aus dem Entgegenkommen Lukaschenkos gewisse Chancen für eine Entspannung der Lage in und um Belarus ergeben, die – wie eingangs geschildert – im Westen zu Recht mit großer Sorge verfolgt wird.

Heinz Timmermann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071